



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ägypten und die Allianzgerüchte.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ägypten und die Allianzgerüchte.



vor der Schlacht bei Tel El Kebir ging in Damaskus das Gerücht um, Arabi habe den Herzog von Connaught gefangen genommen, und die Königin Viktoria sei dadurch genötigt worden, mit dem Ägypter auf folgende Bedingungen hin Frieden zu schließen: England zahlt alle Kriegskosten, durch die Staatsschuld Ägyptens wird, soweit die Gläubiger Franken sind, ein Strich gemacht, die britischen Truppen verlassen Ägypten ohne Verzug, vorher aber werden General Wolseley und Admiral Seymour hingerichtet, endlich giebt die Königin dem siegreichen Arabi ihre Tochter Beatrice zur Frau.

Die Sache hat bekanntlich eine wesentlich andre Wendung genommen. Nun aber schwebten und schweben auf der Gegenseite allerlei Mißverständnisse und Erfindungen in der Luft, die zwar nicht so naiv wie jenes, aber immerhin noch ziemlich komisch sind, zumal da einige davon an recht hoher Stelle geglaubt wurden. So redete z. B. Herr Gladstone in einer Weise, daß man annehmen mußte, das ägyptische Volk sei voll von unterdrückter Zuneigung zu seinem Chedive und dessen englischen Gönnern und warte nur auf die Beseitigung Arabis, um in die tiefste Friedensstimmung zurückzuversinken, sodaß es keiner Bewachung mehr bedürfte. Hat der englische Premier das wirklich zu wissen gemeint, so wird er jetzt enttäuscht sein. Niemand wird heute daran zweifeln, daß ein Sieg Arabis ganz Ägypten in Aufruhr versetzt und im gesammten muhammedanischen Oriente gefährliche Zuckungen hervorgerufen haben würde, und jeder Billigdenkende und Vorsichtige muß zugeben, daß die Engländer noch für geraume Zeit gezwungen sein werden, eine starke Militärmacht in Kairo, Alexandrien und den Orten am Suezkanal zurückzulassen, wenn die Wiederherstellung der Ordnung von Dauer sein und ihr Schützling Tewfik nicht abermals verjagt werden soll. Demzufolge wird denn auch etwa die Hälfte von Wolseleys Heer im Nilthale bis

auf weiteres zurückbleiben, drittehalb Regimenter Infanterie in Alexandrien, neun in Kairo und am Süßwasserkanal, dazu die erforderliche Artillerie und Kavallerie, und das wird so lange währen, bis eine starke ägyptische Polizei und Gendarmerie geschaffen sind und daneben die ägyptische Armee zu einem mäßigen Teile reorganisiert ist. Das Menschenmaterial für die letztere soll unter der muhammedanischen Bevölkerung Indiens geworben und unter englische Offiziere gestellt werden, die jedoch in die Dienste des Chedive treten werden, wobei sich nur fragt, ob England so viele brauchbare Militärs abzugeben imstande ist. Den entlassenen ägyptischen Soldaten sollen Staatsländereien angewiesen werden, den Negern unter ihnen im Sudan, und man wird darauf bedacht sein, nicht viele an einem und demselben Orte anzusiedeln. Keine europäische Macht wird hiergegen mit Fug etwas einwenden können. Nur so läßt sich den jetzt nach Ägypten wieder zurückkehrenden Franzosen, Italienern, Griechen und Deutschen vor neuen Ausbrüchen des arabischen Christenhasses Sicherheit schaffen.

Darüber, wie die englische Regierung sich die Neugestaltung der Verhältnisse Ägyptens sonst vorstellt, ist offiziell noch nichts bekannt gemacht worden. Doch weiß man, daß die Ansprüche und Ziele Gladstones maßvoller Art sind, und daß darüber mit den einzelnen festländischen Kabinetten verhandelt wird. Das eine und das andre davon ist wohl mit Sicherheit zu erraten. Ägypten kann in vielen Beziehungen nicht wieder werden, was es vor dem Kriege war, und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, erhebliche Veränderungen eintreten zu sehen. Namentlich in Frankreich wird man genötigt sein, zwei große Thatsachen geistig zu verdauen. Als die Wasserstraße Englands nach Indien gefährdet war, beeilte sich die friedfertigste Regierung, die jenes seit langen Jahren gehabt hatte, mit einem Eifer, der Freund und Feind in Erstaunen versetzte, die Waffen zur Wahrung ihres Interesses zu ergreifen. Die Nötigung dazu hatte zweitens sehr beträchtliche Ausgaben zur Folge, und England muß Bürgschaften erhalten, daß sie nicht bald wieder eintritt. Damit Europa die Abänderungen des status quo ante bellum, die hiernach erforderlich sind, gutheiße, bedarf es keines Kongresses, auch keiner Konferenz, es läßt sich dafür eine Formel finden, die in einem Protokoll ausgedrückt werden kann. Nach vorgängiger Verständigung mit den in Europa einflußreichsten Mächten wird England mit der Pforte ein Abkommen treffen. Ägypten wird sicher nicht annektiert und ebensowenig für unabhängig erklärt werden. Dagegen wird England unzweifelhaft einen solchen Stand der Dinge herbeizuführen suchen, bei dem es mehr Einfluß auf die Politik des Chedive auszuüben vermag als bisher. Unter welcher Gestalt dies geschehen soll, darüber ist, wie es scheint, noch kein endgiltiger Beschluß gefaßt. Vielleicht bestellt man einen Generalkontrolleur, der dem ägyptischen Ministerrate beizuwohnen hat. Vielleicht ernennt man auch einen Ministerresidenten bei der Person des Chedive. An Vorbildern für eine Organisation, die keine Einverleibung ist, aber so ziemlich alle Vorteile einer

solchen bietet, mangelt es der britischen Politik nicht. Fragen wir, ob eine solche Ordnung der Dinge unsere Interessen bedrohen oder schädigen würde, so ist darauf mit nein zu antworten. Es kann uns gleichgültig sein, ob in Ägypten England oder Frankreich mehr Einfluß besitzt.

Was die Frage wegen der Obligationenbesitzer angeht, so kann es, nachdem eine Kommission die Grundlagen zu einem neuen Liquidationsgesetze festgestellt hat, dem Chedive und seinen Gläubigern überlassen werden, sich auf billige Bedingungen hin, d. h. solche, unter denen die schändliche Ausfaugung des Landes durch europäische Wucherer nicht von neuem beginnen kann, zu verständigen. Die englische Regierung hat zu einer Mitwirkung hierbei keinerlei Verpflichtung. Sie hat nicht die Rolle eines Anwalts der fränkischen Finanzbarone zu spielen, viel eher hat sie im eignen Interesse darauf zu sehen, daß ein Abkommen möglich werde, nach welchem die Hilfsquellen des Landes vorzüglich für dieses selbst fließen, sodaß es sich rasch erholen und dann wohl gedeihen kann. Die gemeinschaftliche Kontrolle Englands und Frankreichs über die ägyptischen Finanzen wird keinesfalls in ihrer früheren Gestalt, vielleicht garnicht wiederhergestellt werden, wie lebhaft auch französische Blätter dies verlangen. Zwar soll der englische Botschafter in Paris dem dortigen Konseilspräsidenten die Versicherung gegeben haben, man gedenke sie englischerseits beizubehalten, und infolge dessen der bevollmächtigte Minister Villot zu Verhandlungen über die Sache nach London abgereist sein. Aber andererseits wird berichtet, daß der Chedive auf Abschaffung der doppelten Kontrolle und Ersetzung derselben durch eine Kommission ägyptischer Beamten dringe, in welcher ein Vertreter Großbritanniens den Vorsitz führen solle. Auch verlautet, daß Dilke entschieden gegen eine Wiedereinrichtung jener zweiköpfigen Behörde sei, weil dieselbe nur die Syndikate, welche den größten Teil der ägyptischen Schuld in Händen haben, begünstigen und eine Hauffe herbeiführen würde, welche jene sich durch vorteilhaften Verkauf ihrer Papiere zu Nutzen machen würden. Eine Baïsse würde dann nicht ausbleiben, und die Herstellung der Kontrolle würde die Schwierigkeit der Lage nur noch steigern. Ist der Widerstand Dilkes Thatsache, so steht hinter ihm die öffentliche Meinung in England, welche die betreffende Institution niemals gern gesehen und sie von Anfang an mehr notgedrungen als von ihrer Nützlichkeit überzeugt hingenommen hat. Allerdings füllte sie den Geldmännern die Taschen, aber sie gefährdete die guten Beziehungen zu Frankreich, sodaß sich daraus ein Verhältnis entwickeln konnte, wie das, welches im Jahre 1865 in Schleswig-Holstein zwischen Preußen und Oesterreich herrschte. Sie bürdete ferner den Ägyptern eine Menge fremder Miteßer auf und gab so in allen Schichten der Bevölkerung gewissen Grund zur Unzufriedenheit. Die Kontrolle griff weit über die ihr gezogenen Grenzen hinaus und mißachtete dabei alle Beschwerden. Ihren Leitern, namentlich dem französischen, kam es nur darauf an, dem Volke schnell möglichst viel Geld abzupressen. Derselbe Vertreter Frankreichs, Blignières, nützte seine Stellung

fortwährend aus, um einen über die Finanzangelegenheiten hinausreichenden Einfluß auszuüben. Wenn die Ägypter das im Dienste der Kontrolle arbeitende Heer reichdotirter fränkischer Beamten sahen, mußten sie sich sagen, daß sie deren Dienste bei viel weniger Gehalt ebensogut verrichten könnten. Die Eifersucht der kontrollirenden Mächte aufeinander verursachte, daß zahlreiche Stellen geradezu doppelt besetzt wurden, weil die Engländer sich keinen Franzosen und die Franzosen sich keinen Engländer auf dem betreffenden Posten gefallen lassen wollten. Um den Gläubigern Ägyptens rasch große Summen abliefern zu können, bewirkten die Kontrolleure, daß viele Hunderte von Offizieren plötzlich auf Halbsold gesetzt wurden und daß man ihnen ihre Gehaltsrückstände vorenthielt. Auf dieselben Einflüsse wird die sogenannte Montabala-Operation zurückgeführt, durch welche die Fellahin, die man zur Zahlung einer bestimmten Summe einlud, wogegen sie künftig nur die Hälfte der Grundsteuer entrichten sollten, um über 240 Millionen Mark geprellt wurden. Endlich widerstrebte die Kontrolverwaltung dem Verlangen der ägyptischen Notabelnversammlung, in das Budget für die eignen Bedürfnisse des Landes Einsicht nehmen zu dürfen.

Das sind in England so bekannte Dinge, daß selbst der Minister Fawcett vorige Woche in einer öffentlichen Rede sagte, „was auch immer das Maß der künftigen Kontrolle Europas über Ägypten sein werde, die Mißbräuche der frühern würden sich bestimmt nicht wiederholen und das ägyptische Volk nicht mehr die Ungerechtigkeit zu tragen haben, einen großen Teil des Landeseinkommens in die Taschen fremder Beamten wandern zu sehen.“ Die Franzosen sträuben sich mit Macht gegen ihre Verdrängung aus der Kontrolle, aber vielleicht gelingt es bald, sie auf andre Gedanken zu bringen und durch Zugeständnisse auf andern Gebieten zu beschwichtigen. In Tunis möchte die französische Regierung die „Kapitulation“ beseitigt wissen. England hat wie andre Mächte mit dem Bey wie mit dem Sultan gewisse Verträge abgeschlossen, nach welchen die in deren Landen ansässigen Engländer in Zivil- und Kriminalprozessen nicht von den einheimischen Behörden, sondern von ihrem Konsul abgeurteilt und die Einfuhrzölle nicht ohne Einwilligung Englands erhöht werden sollten. Diese Beschränkungen sind den Franzosen, nachdem sie sich faktisch zu Herren von Tunis gemacht haben, sehr unbequem, und so verhandelt das Auswärtige Amt in Paris mit den Mächten über deren Beseitigung. In Ägypten sind derartige Privilegien durch die internationalen Gerichtshöfe ersetzt worden, in Tunis aber wollen die Franzosen in Zukunft nur „tunesische,“ d. h. in praxi französische Richter haben, und hierin kann ihnen Lord Granville gefällig sein, wenn sie in Ägypten befriedigende Zugeständnisse machen. Auch in Madagaskar, wo sich deutlich die Nebenbuhlerschaft Frankreichs und Englands zu einem Streite zugespitzt hat, kann letzteres etwas zur Kompensation abgeben.

Die Hauptsache ist dem Ministerium Gladstone unstreitig der Suezkanal. Als Benjamin Disraeli Ende 1875 den großen Coup mit dem Ankaufe der im

Befize des Chedive Ismail befindlichen Kanalakten durchführte, begriffen weitgehende Politiker, worauf er damit hinauswollte. Seitdem hat die englische Politik dieses Ziel, gleichviel, ob Tories oder Whigs am Ruder waren, im Auge behalten, und Gladstone wird es aller Wahrscheinlichkeit zufolge erreichen. Wahrscheinlich sind schon Unterhandlungen zu dem Zwecke im Gange, die freie Schifffahrt auf dem von Lesseps geschaffenen Kanale unter den Schutz eines europäischen Vertrags zu stellen. Denn bis jetzt ruhte das Recht der Benutzung des Kanals auf einer sehr schwankenden Grundlage, d. h. auf der Auslegung des vom Vizekönig Said einer französischen Aktiengesellschaft erteilten und vom Sultan bestätigten Fermans aus dem Jahre 1856, wonach der Suezkanal als eine neutrale Fahrstraße für Handelsschiffe aller Nationen ohne Ausnahme und Unterschied stets offen sein sollte. Dies war indeß in nicht vollkommen klaren und unzweideutigen Worten ausgedrückt, sodaß sich aus der Urkunde auch Dinge herauslesen lassen, die den Engländern unbequem und gefährlich erscheinen. Um diese Übelstände zu paralysiren, müßten sie sich zu permanenter Besetzung des Kanals entschließen. Sie sehen aber gegenwärtig keinen rechten Grund, weshalb sie fortdauernd in verschiedenen Punkten wie Port Said, Ismaili und Suez Garnisonen halten sollten, ja dies würde geradezu gegen den Geist der Gladstoneschen Politik verstoßen. Der Zweck, den England in Bezug auf den Kanal verfolgt, ist einfach folgender. Die Regierung will den „Graben“ durch die Landenge zwischen dem Mittelländischen und dem Roten Meere verträglich zu einem Meeresarme umgestalten, der von den Fahrzeugen aller Flaggen zu allen Zeiten und ohne irgendwelche Beschränkung passirt werden kann, jedoch macht sie einen Vorbehalt. Während festgesetzt werden soll, daß die Fahrt durch den Kanal ebenso frei sein müsse, wie die durch den dänischen Sund, durch den Kanal zwischen England und Frankreich und durch die Meerenge von Gibraltar, wird, wie die offiziöse Pall Mall Gazette wissen will, von England der Vorschlag gemacht werden, den Kanal und seine Einfahrten, d. h. auf eine drei Meilen breite Strecke an seinem nördlichen und seinem südlichen Ende, allen militärischen Operationen durch einen europäischen Vertrag unzugänglich zu machen. Kriegsschiffen aller Nationen, selbst solcher, die mit der Pforte Krieg führen sollten, soll es freistehen, diese Straße zu passiren, aber sie sollen verpflichtet sein, sich dabei aller Kriegsakte zu enthalten, und es soll überhaupt innerhalb des erwähnten drei Meilen breiten Raumes zu beiden Seiten des Kanals kein solcher Akt vorgenommen werden dürfen. Die Landenge von Suez soll also neutral sein, sie soll nicht zum Kriegsschauplatz gemacht werden, sonst aber mit ihrem Kanal der Schifffahrt aller Art offen stehen. Eine solche Kombination der Attribute eines freien Meeresarmes mit denen eines geschlossenen ist bereits vor 32 Jahren vorgekommen, und zwar in Gestalt des sogenannten Clayton-Bulwer-Vertrags, der die Neutralität des projektirten Panamakansals feststellte. Die Anwendung der Bestimmungen dieses Traktats auf den Suezkanal würde

nicht viel mehr bedeuten als die Ausdehnung eines internationalen Abkommens auf den vorliegenden Fall. Lesseps behauptete im Jahre 1877, daß die Pforte kein Recht besitze, gegen die Durchfahrt der russischen Schiffe durch seinen Kanal Einspruch zu erheben, und England machte damals die Freistellung desselben von allen kriegerischen Maßregeln zur Bedingung seiner Nichtbeteiligung am Kriege. Das genannte englische Blatt glaubt nicht, daß irgendeine zivilisirte Macht gegen diese Vorschläge Einspruch erheben werde, und wir schließen uns dieser Erwartung an. Italien hat, gewissermaßen als Wortführer der vier Ostmächte, schon vor Ausbruch des ägyptischen Krieges den Antrag gestellt, den Kanal durch eine internationale Seepolizei zu sichern, und die Aufnahme, welche derselbe gefunden, hat gezeigt, daß die Großmächte einer europäischen Bürgerschaft für die Freiheit dieser Wasserstraße, die England jetzt zu beschaffen strebt, nicht ungünstig sind.

Mit Bezug auf die ägyptische Angelegenheit ist nun vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob England zur Ordnung derselben eines Bundesgenossen bedürfe, ja man hat schon von Allianzen, deren Abschluß im Gange sei, gesprochen. Die Times warnte vor einem Bündnisse mit Deutschland, weil dasselbe die wertvollere französische Freundschaft auflösen werde. Der Morning Advertiser dagegen äußerte sich sehr entschieden Deutschland zugeneigt. Das konservative Blatt sagt: „Was will man denn nur mit der französischen Allianz? Ist damit die Kooperation Frankreichs mit uns in Ägypten gemeint, so wolle man sich erinnern, daß diese Allianz bei einem Haare die wertvollsten englischen Interessen geschädigt hätte. Die englisch-französische Note erweckte sofort den Argwohn Europas, und hätte die Politik Gambettas, die ein Ergebnis derselben war, die Oberhand behalten, so hätten wir leicht in einen europäischen Krieg verwickelt werden können, in welchem nur Frankreich unser Bundesgenosse gewesen wäre und wir schwerlich den Triumph der englischen Interessen erreicht hätten, den wir jetzt errungen haben. Es ist sehr schön, von Sympathien der Liberalen für Frankreich zu reden, aber die Sympathien Englands richten sich nach Deutschland, mit dessen Interessen die unsren fast in allen Stücken zusammenfallen.“ Der Observer wieder will gar nichts von Allianzen wissen, und wir glauben, er spricht damit, wenn auch in etwas zu selbstbewußtem Tone, die Meinung der einflußreichsten englischen Politiker aus. Er sagt: „Wir sind Herren der Situation in Ägypten. Unter diesen Umständen begreifen wir nicht, wozu wir Bundesgenossen bedürften. Doch werden wir von allen Seiten beschworen, unser Vorgehen in Ägypten den Rücksichten fremder Politik unterzuordnen. Wir werden selbst in Kreisen, in denen wir vernünftigerweise mehr Verständnis erwarten dürften, vor den verhängnisvollen Folgen gewarnt, die entstehen könnten, wenn wir uns unsrer Stellung in Ägypten nicht bedienten, um unser gutes Einvernehmen mit Deutschland zu befestigen, während wir andererseits mit unerhörten Übelständen bedroht werden, wenn wir unsre ägyptische Politik nicht so ein-

richten, daß jedwede Gefährdung unsrer Allianz mit Frankreich verhütet wird. Uns mangelt unsererseits das Verständnis, was England durch Bündnisse gewinnen könnte, obwohl es natürlich für uns von Vorteil ist, uns mit unsern Nachbarn auf freundschaftlichem Fuße zu befinden, und da unsre insulare Lage uns hinreichend gegen einen Angriff von außen schützt und unsre allgemeine Politik der Nichtintervention es für uns unnötig, mindestens uns nicht wünschenswert macht, uns im voraus durch Verpflichtungen zu binden, welche uns zur Teilnahme an einem oder dem andern Konflikt auf dem Festlande nötigen würden, so befinden wir uns nicht in der Lage, ein Schutz- und Trugbündnis, sei es mit Frankreich, sei es mit Deutschland oder mit irgendeiner andern Macht, einzugehen.“

Das ist englische Politik. Aber wenn diese kein Bedürfnis empfindet, sich an uns einen Bundesgenossen zu erwerben, so ist auch bei uns kein Verlangen nach einer Allianz mit England vorhanden. Wir wollen miteinander gute Freunde bleiben. Wir haben früher nichts gegen das englisch-französische Kondominat in Ägypten eingewendet, weil es unsre Interessen nicht berührte. Wir haben jetzt nichts dagegen, wenn England dort allein Einfluß übt, denn es wird uns nichts schaden. Ist diese Gleichgiltigkeit den Engländern angenehm und nützlich, so soll ihnen damit kein Gefallen erwiesen, sondern einfach die Politik fortgesetzt werden, uns nicht in Angelegenheiten zu mischen, die uns weder Nutzen verheißen noch mit Schaden bedrohen, und dafür erwarten wir keinen Dank, und noch weniger die Belohnung mit einem Bündnisse gegen Frankreichs oder Rußlands Aggression. Uns genügt zur Abwehr einer solchen die eigne Kraft und das Bündnis mit Österreich-Ungarn, welches unzerreißbar ist, weil es auf engster und stärkster Interessengemeinschaft beruht. Gewiß würde Englands traktatmäßige Verpflichtung, mit uns und Österreich für die Erhaltung oder rasche Wiederherstellung des Friedens zu wirken, nicht zu verachten sein; denn es ist zwar als Militärmacht in europäischen Kriegen äußerst schwächlich, aber als Geldmacht höchst respektabel, und man weiß, was Montecuculi gesagt hat. Aber erstens, was sind Traktate für längere Zeit geschlossen gegenüber dem parlamentarischen Systeme, wo heute diese, morgen jene Partei oben auf ist, wo in diesem Jahre ein deutschfreundlicher und im nächsten ein Frankreich zugeneigter Premier am Ruder steht? Zweitens aber kann man sogar sagen: ein recht gutes Einvernehmen Englands mit Frankreich könne von der deutschen Regierung insofern gern gesehen werden, als es eine russisch-französische Allianz auszuschließen scheint. Daß England sich mit Frankreich verbünden könnte, um Deutschland anzugreifen, ist nahezu undenkbar, wenigstens noch nicht dagewesen. Höchstens haben wir in einem Kriege mit Frankreich — der ferne sei — wieder die *fraudulent neutrality* unsrer britischen Vettern von 1870 zu erwarten, und die liebe sich zur Not ertragen.